



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dem Parlament müssen Hintergrundpapiere und Risikoanalysen zur Verfügung gestellt werden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Hintergrundpapiere, Risikoanalysen und sonstigen Schriftstücke, welche von der Landesregierung für die Arbeit der Haushaltsstrukturkommission erstellt wurden und die Institutionen zugänglich gemacht wurden, die nicht der Regierung angehören, in vollem Umfang dem Parlament zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Durch Fax des Fraktionsvorsitzenden der FDP, Wolfgang Kubicki, an den AStA der Universität Lübeck wurde bekannt, dass die Landesregierung Hintergrundpapiere für die Haushaltsstrukturkommission erstellt hat. Nach Aussagen von Regierungsmitgliedern, u.a. Innenminister Schlie und Staatssekretär Ziertmann, umfassen diese bis zu 1500 Seiten.

Offenbar sind diese Regierungspapiere an weitere Mitglieder der Haushaltsstrukturkommission gegeben worden, darunter den Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP sowie dem Landesrechnungshofpräsidenten. Dies folgt aus den Ausführungen Ministers de Jagers in der Fragestunde zur Zukunft der Universität Lübeck.

Mindestens mit der Weitergabe der Unterlage an den Landesrechnungshof wurde der Rahmen regierungsinternen Handelns gesprengt. Die Abgeordneten des Landtags, welche durch die von ihnen beschlossene Schuldenbremse zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verpflichtet sind, haben ein Anrecht auf mindestens die gleichen Informationen, wie der Landesrechnungshof. Sie müssen die Risikoabwägungen kennen, wenn sie über den Haushalt beschließen sollen und sie müssen entscheiden können, ob die vorgelegten Vorschläge systematisch oder auf Grund von politischer Abwägung aus einem Katalog von Sparmaßnahmen ausgewählt worden sind.

Robert Habeck
und Fraktion

Monika Heinold

Thorsten FÜRTER